



27.03.2018

Seite 1 von 2

Aktenzeichen 1-10-19

Dagmar Lungauer-Kroll

Telefon (0211) 4972-2181

Vorlage
an den Unterausschuss Modernisierung des Budgetrechts und
Finanzcontrolling des Haushalts- und Finanzausschusses des
Landtags Nordrhein-Westfalen

Sitzung des Unterausschusses Modernisierung des Budgetrechts
und Finanzcontrolling des Landtags Nordrhein-Westfalen am
16. Januar 2018

Aktueller Termin- und Zeitplan im Programm EPOS.NRW

Bereits am 16. Januar 2018 hat sich der Unterausschuss Modernisierung des Budgetrechts und Finanzcontrolling mit dem Thema „Aktueller Termin- und Zeitplan im Programm EPOS.NRW“ befasst. Damals hat ein Vertreter des Ministeriums der Finanzen mündlich vorgetragen. Die schriftliche Vorlage wird nachgereicht.

Das Land Nordrhein-Westfalen führt im Rahmen des Programms EPOS.NRW (Einführung von Produkthaushalten zur outputorientierten Steuerung - Neues Rechnungswesen) für die Landesverwaltung und weitere Organisationseinheiten des Landes die sog. Integrierte Verbundrechnung mit den Komponenten „Finanz- und Anlagenbuchhaltung“, „Kosten- und Leistungsrechnung“ sowie „Finanzrechnung“ ein. In den bisherigen Wahlperioden wurde kein Termin zur Beendigung der landesweiten Rollouts von EPOS.NRW bestimmt. Die Landesregierung hat durch Kabinettsbeschluss vom 15. Februar 2018 erstmalig festgelegt, dass die Einführung des SAP-IT-Verfahrens EPOS.NRW bis zum 31. Dezember 2019 abzuschließen ist.

Von den ursprünglich 58 umzustellenden Budgeteinheiten wurden bereits 44 Budgeteinheiten auf EPOS.NRW umgestellt. Hiervon sind zwei Budgeteinheiten durch Rechtsformwechsel und Umressortierung nicht mehr produktiv. Zu den umgestellten Budgeteinheiten gehören zum Beispiel das Ministerium der Finanzen, die Finanzverwaltung, das Ministerium der Justiz, die Staatsanwaltschaften, die öffentliche

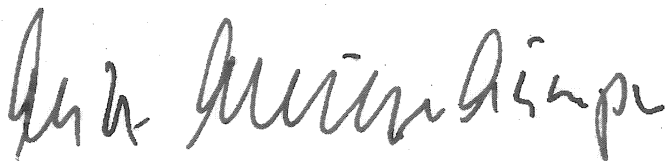
Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Jägerhofstr. 6
40479 Düsseldorf
Telefon (0211) 4972-0
Telefax (0211) 4972-1217
Poststelle@fm.nrw.de
www.fm.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
U74 bis U79
Haltestelle
Heinrich Heine Allee

Gerichtsbarkeit, die Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit sowie die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, die Justizvollzugsanstalten, die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen, das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie sowie der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen.

Aktuell wird EPOS.NRW in 14 Rolloutprojekten unter anderem beim Landtag, der Staatskanzlei, dem Ministerium des Inneren, dem Landesrechnungshof und den Rechnungsprüfungsämtern implementiert. Bis zum 31. Dezember 2018 sollen 13 Rolloutprojekte abgeschlossen sein.

Neben dem oben dargestellten Flächenrollout befinden sich noch 16 sog. Zentralprojekte in der Umsetzung. Zentralprojekte ergeben sich größtenteils aus den Anforderungen in den einzelnen Rollouts. Durch die Umsetzung dieser Anforderungen in Zentralprojekten können z.B. vorhandene IT-Systeme an EPOS.NRW angebunden werden. Hier sind insbesondere die Anbindung der Kommunen an das System EPOS.NRW zur Bewirtschaftung von Landesmitteln und weitere Schnittstellenprojekte (Programme der Ressorts werden an EPOS.NRW angebunden) zu nennen.



Lutz Lienenkämper